

## Wehret den Anfängen

Große Anfrage in der BVV

2

## Bezirksvorstand gewählt<sup>3</sup>

Die Ziele der PDS Reinickendorf 2004

# Linke Tasche – rechte Tasche

## Zwischenbilanz: Unsicherheit schlägt Unzufriedenheit

Der große Wurf ist es nicht geworden. Schätzungsweise 15,- bis 40,- Euro monatlich mehr netto in der linken Tasche für Normalverdiener/innen soll nun also die trübe Aussicht beim Blick in die rechte Tasche ausgleichen. Klar ist nur eins: was links rein geht, wird rechts mindestens wieder rausgeholt.

Steigende Strom-, Verkehrs- und Wassertarife sind schon beschlossen oder in Aussicht. Leistungen für Erwerbslose und Sozialhilfeempfangende werden gekürzt. Welche „Segnungen“ uns die nun veränderten Gesetze in der staatlichen Gesundheitspolitik bringen, ist heute längst nicht abzusehen. Allorts, egal wo man hinschaut, in Arztpraxen, bei Lobbyverbänden, den Krankenkassen und nicht zuletzt den PatientInnen: An vielen Stellen überwiegt die Unsicherheit, wie konkrete Regelungen auszulegen sind, welche Leistungen noch erbracht werden können, müssen oder sollen und wie oder wer sie gegebenenfalls finanziert.

Ein Blick in die „Praxis“ lässt erkennen, welche Kapriolen schon gelagert werden: Alle ÄrztInnen, mit Ausnahme der ZahnärztInnen, sollen oder müssen die Praxisgebühr in Höhe von 10,- Euro annehmen und anschließend Überweisungen ausstellen. Doch manch OrthopädeIn oder ChirurgIn schickt PatientInnen schon mal erst zur(m) praktischen Arzt, Ärztin oder InternistIn, um dort Geld abdrücken und ggf. Überwei-

sungen ausstellen zu lassen. Der Verwaltungsaufwand (Kassenerführung, ggf. Mahnungen) soll abgeschoben werden. Diesen leisten die Arzthelfer/innen - zusätzlich und ohne Lohn- oder Zeitausgleich.



In der von uns befragten Praxis in Tegel wurde der „Eintritt“ ohne Ausnahme sofort mit der Chip-Karte beglichen. Dies ist in anderen Berliner Bezirken nicht so. Aber eines ist klar, der vorhandene Unmut wird nur bedingt bei den ÄrztInnen ankommen - man/frau will ja auch noch anständig behandelt werden, verständlich.

Ein Gespräch mit PatientInnen warf ein negatives Schlaglicht auf den sensiblen Bereich der Frauengesundheitsvorsorge, speziell der Brustkrebsprophylaxe. Vorsorge-Mammo- und Sonographien werden von den gesetzlichen Kassen nicht (mehr) übernommen, dies gilt auch für Risikopatientinnen. Bisher galt:

Sonographie und Mammographie im jährlichen Wechsel. Statt dessen soll nun ein sog. mobiler Service angeboten werden (Klartext: ein „Röntgenbus“), vergleichbar mit einer mobilen Bücherei. Die emotionale Lage der betroffenen Frauen wird ausgeblendet, sie bleiben ggf. im wahrsten Sinne des Wortes im Regen stehen, freie Arztwahl ist passé. Frauen über 50 Jahre sollen dann vom Einwohnermeldeamt alle zwei Jahre zur open-air-Untersuchung aufgefordert werden. Ein weiterer Schritt zur Zweiklassenmedizin - schöne Aussichten, für diese.

Viele andere Bereiche ließen sich beleuchten, dafür fehlt der Platz. Stichworte sind z. B. die „Marktoffnung“ der Apotheken mit der Option, für Kranke nun Arzneimittelpreise zu vergleichen, oder die Pharmaindustrie, die unverhohlen an der Preisspirale dreht und Extra-Profite direkt aus den Taschen der PatientInnen ziehen wird - auch schöne Aussichten, für Jene.

In Gesprächen, in Leserbriefen und Interviews wird es deutlich: Viele Menschen ballen inzwischen die Fäuste in der (linken oder rechten?) Tasche. Aber der Unmut artikuliert sich (noch) zu zaghaft. Die Profiteure der Reform-Gesetze haben (noch) die mediale Oberhand. Doch Sozialabbau ist nicht alternativlos! Es formiert sich Widerstand, der Ton der sozialen „Verlierer“ wird schärfer, nimmt breitere Konturen, z. B. bei den Gewerkschaften, an. Sozialforen benennen die Probleme - Umbau ja, Abbau nein und vor allem auch die Alternativen. Ein aufgeklärter Patient tut Not, denn nur er kann und wird verändern.

Jürgen Schlimrock

Europäische  
Aktionstage gegen  
Sozial-kahlschlag

Am 2. und 3. April findet europaweit ein Schulter-schluß von Gewerkschaften und regionalen Bündnissen statt. Ziel ist die Rücknahme der Agenda 2010 und Stopp des Sozial-, Bildungs- und Lohnabbaus. Es werden regionale und betriebliche Aktivitäten bis hin zu Streiks vorbereitet.

# Wehret den Anfängen!

## Große Anfrage zum Rechtsextremismus in Reinickendorf

Die Bezirksverordnete Renate Herranen (parteilos) bat in einer dringlichen Großen Anfrage das Bezirksamt um Auskunft über rechtsextremistische Aktivitäten im Bezirk. Sie bezog sich dabei auf die Vorstellung des „Lagebildes Rechtsextremismus“ durch Innensenator Körting auf einer Pressekonferenz am 3. Dezember 2003 und dessen Information über die Neugründung einer rechts-extremen „Kameradschaft Reinickendorf“.

Bezirksbürgermeisterin Wanjura sicherte zu, sich um Informationen in der Senatsinnenverwaltung zu bemühen und die Fragen der Einzelverordneten schriftlich zu beantworten. Auch wenn Reinickendorf als „ruhiger Bezirk“ gelte, sei es geboten, wachsam zu sein.

Dem Besucher der BVV- Sitzung fiel unangenehm auf, dass eine größere Zahl der Bezirksverordneten den Saal verließ, als die Bürgermeisterin mit der Beantwortung eben dieser Großen Anfrage begann.

### Wie das Bezirksamt antwortete

Am 20.1.2004 antwortete das BA unter Hinweis auf eine schriftliche Stellungnahme der Senatsinnenverwaltung u.a. wie folgt:

„*Einer Veröffentlichung auf der rechtsextremistischen Homepage des ‚Aktionsbüros Mitteldeutschlands- Nationaler Widerstand Berlin-Brandenburg‘ zufolge hat sich im Herbst 2003 die ‚Kameradschaft Reinickendorf‘ gegründet. Auf der genannten Homepage ist sie unter einer Rubrik ‚Regionale Gruppen‘ mit einer E-Mail- Adresse aufgeführt. Ferner wurde sie im Internet als Unterstützer der Demonstration, Freiräume schaffen- nationale Zen-*

*tren erkämpfen‘ der neonazistischen ‚Berliner Alternative Süd- Ost (BASO)‘ am 6. Dezember 2003 genannt. Konkrete Aktivitäten und territoriale Schwerpunkte lassen sich der Kameradschaft Reinickendorf darüber hinaus derzeit noch nicht zuordnen. Wie auch im ‚Lagebericht Rechtsextremismus‘ dargestellt, ist die Kameradschaft Reinickendorf neben den Veröffentlichungen noch nicht weiter in Erscheinung getreten.“*

Für die Jahre 2001-2003 liegen dem Landeskriminalamt fünf Fälle politisch motivierter rechter Gewaltkriminalität für Reinickendorf vor.

### Lokaler Aktionsplan?

Auf Beschluss der BVV legten die Bezirksämter Lichtenberg und Pankow im Jahre 2003 Lokale Aktionspläne „Für Demokratie und Toleranz - gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ vor, die vom Zentrum Demokratische Kultur erarbeitet wurden. Die Frage von Renate Herranen, ob es das Bezirksamt nicht für geboten halte, einen solchen Aktionsplan auch für Reinickendorf zu entwickeln, blieb vom BA unbeantwortet. Sie wird - so erfuhr WiR - nachfragen.

### Der PDS-Bezirksvorsitzende, Klaus Rathmann, kommentiert:

„Die PDS Reinickendorf ist Renate Herranen dankbar, dass sie in der BVV die Frage nach dem Rechtsextremismus aufgeworfen hat“, stellte Klaus Rathmann fest. „Wegsehen oder Schönreden, um angeblich die Bevölkerung nicht zu beunruhigen, helfen auch in Reinickendorf nicht“.

Klaus Gloede

**Jemand, der Israel kritisiert, kann nicht des Antisemitismus verklagt werden. Aber jemand, der Israel haßt, weil es ein jüdischer Staat ist, ist ein Antisemit.“**

Uri Avnery, Tel Aviv (aus: Das Blättchen, Nr. 3/ 2004)

### WiR dokumentiert

## BVV verurteilt Antisemitismus

Die BVV Reinickendorf begrüßt und unterstützt die im Deutschen Bundestag von allen Parteien gemeinsam verabschiedete Resolution gegen Antisemitismus in Deutschland und schließt sich der Aufforderung zu einem entschlossenen gemeinsamen Kampf gegen den Antisemitismus an.

Die BVV Reinickendorf ruft alle Bürgerinnen und Bürger auf, sich gegen antisemitisches Denken, Reden und Handeln - wo immer es auch auftreten mag - zu stellen und mit dafür Sorge zu tragen, dass der offene und versteckte Antisemitismus in unserer Gesellschaft überwunden wird.

## BVV- Splitter

### 23. Sitzung, 10.12.2003

Die BVV behandelte eine Große Anfrage (GA) von Renate Herranen zur **„rechten Szene in Reinickendorf“** (nebenstehend).

Dringlich wurden Anträge von CDU, FDP und SPD zur **Zukunft der Graphothek** debattiert. Die CDU-/ FDP- Mehrheit sprach sich trotz vernünftiger Gegenargumente des zuständigen Stadtrates Gaudszun (SPD), der Fraktionen von SPD und B90/ Grüne für eine Integration der Graphothek in die Humboldt- Bibliothek aus - ein Konzept, das schon Jahre zuvor im Kulturausschuss als nicht realisierbar einhellig abgelehnt worden war. In der aufgeregten Diskussion wurden Äußerungen von Stadtrat Dr. Wegner (CDU) gegenüber der Presse zurückgewiesen, die den Eindruck vermittelten, Ausgabemittel für die Kultur gegen andere dringliche Ausgaben aufzurechnen.

Mit Mehrheit ersuchte die BVV das Bezirksamt (BA) dafür Sorge zu tragen, dass die **Übertragung von zwei Kitas an freie Träger** zum 1.1.2004 erfolgen kann.

Außerdem ging es u.a. um Rauch- und Parkverbote, eine neue Baumschutzverordnung, den Erhalt des Löschbootes in Tegelort und künftige Ordnungsämter in den Bezirken. Vertagt wurde der Antrag von Renate Herranen, das BA möge sich im Rat der Bürgermeister dafür einsetzen, dass die **Sozialtarife** nicht angefasst werden.

### 24. Sitzung, 14.1.2004

Die BVV beschloss einstimmig die **Verurteilung des Antisemitismus** (Wortlaut s. unten). In einem weiteren Beschluss wurde das BA ersucht, die **Ausstellung „Gemeinsam gegen Rechtsextremismus - Ziviles Engagement fördern“** in Reinickendorf zu zeigen und dabei bezirkliche Initiativen vorzustellen.

Die Verordneten mussten erneut die **Übertragung von zwei Kitas an freie Träger** beraten, nachdem die CDU- Mehrheit im BA Ablehnungsgründe gegen einen Träger gefunden hatte. Anträge des Jugendhilfeausschusses einerseits und der CDU andererseits wurden bei Stimmengleichheit abgelehnt.

Renate Herranen sprach zum Ganztagsschulprogramm in Reinickendorf. Ihre GA zu den Auswirkungen der sog. Gesundheitsreform auf den Bezirk wurde auf Wunsch des BA erneut (bis März) zurückgestellt.

K. G.



Informationen über die Arbeit der Einzelverordneten Renate Herranen in der BVV finden Sie unter [www.pds-reinickendorf.de](http://www.pds-reinickendorf.de)

# Neuer Bezirksvorstand gewählt

Grund zur Euphorie sah niemand während der Gesamtmitgliederversammlung der PDS Reinickendorf am 24. Januar im Roten Laden. Doch die Informationen des Bezirksvorstandes über die in den vergangenen zwei Jahren geleistete Arbeit waren geprägt von sachlicher Einschätzung der gegenwärtigen politischen Situation für die Partei und der Berichterstattung über Vieles, das ohne die PDS in Reinickendorf nicht möglich gewesen wäre.

Bei den Bundestagswahlen 2002 blieb das Ergebnis im Bezirk leider hinter dem von 1998 und den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus 2001 zurück. Doch waren unsere Aktionen gegen den bevorstehenden Krieg in Irak, gegen die „Agenda 2010“ und das inzwischen 3. Rockkonzert auf der Insel im Tegeler Hafen, gemessen an unseren Möglichkeiten, durchaus erfolgreich und wurden deutlich wahrgenommen.

Schwerpunkte der letzten zwei Jahre waren selbstverständlich die kommunalpolitische Arbeit und die Zusammenarbeit mit der inzwischen parteilosen Einzelverordneten

Renate Herranen. Diese beruht nach wie vor auf gegenseitigem Vertrauen und sie erhält die Unterstützung durch die PDS in Reinickendorf. Besonderer Dank ging auch an Klaus Gloede, dem Geschäftsstellenleiter des Roten Ladens. Dieser, inzwischen auch Mitglied des Bezirksverbandes, hat die Arbeit des Bezirksvorstandes sowohl in inhaltlicher als auch organisatorischer Hinsicht jederzeit zuverlässig mit guten Vorschlägen und Ideen unterstützt. Vieles wäre ohne ihn nicht machbar gewesen.

Nicht verschwiegen wurden aber auch die Austritte, die leider auch die Reinickendorfer PDS zu verzeichnen hatte. Begründet waren diese ausnahmslos durch Alter bzw. dem Unverständnis gegenüber der PDS-Politik auf Landesebene. Zu diesem Thema gab es mit der stellvertretenden Landesvorsitzenden Annegret Gabelin in der Diskussion einen Meinungsaustausch, bei dem unterschiedliche Positionen des Bezirks- und des Landesvorstandes deutlich wurden. Die Arbeit der PDS Reinickendorf wurde von ihr aber durchaus gewürdigt.

Der neu gewählte Bezirksvorstand ist mit fünf Mitgliedern nun deutlich kleiner als der bisherige. Marion Lubina, Klaus Rathmann und Jürgen Schimrock wurden wiedergewählt. Gerhard Maierhöfer und Olaf Schwabe sind als neue Mitglieder angetreten, die Zusammenarbeit der PDS Reinickendorf mit anderen linken, außerparlamentarischen Gruppen und Organisationen, aber auch Bürgerinitiativen zu initiieren bzw. auszubauen. Dies wird neben den Wahlen zum Europaparlament im Juni und die breite Publizierung der „Agenda sozial“ der PDS gegen Sozialabbau der Schwerpunkt der politischen Arbeit in den kommenden Jahren sein.

*Jürgen Schimrock*



*Foto: Marion Lubina*

## Die Ziele der PDS Reinickendorf 2004

Die bisherigen und neu gewählten Vorstandsmitglieder stimmen überein, dass in diesem Jahr, in dem bundesweit 14 Wahlen statt finden werden, die Politikverdrossenheit der Wähler/innen in Berlin wahrscheinlich leider noch zunehmen wird. Dies geschieht auch vor dem Hintergrund politischer Entscheidungen des Berliner Abgeordnetenhauses, die aus unserer Sicht leider weitgehend auch von der Abgeordnetenhausfraktion der PDS mitgetragen werden. Es wird schwer werden, den Reinickendorfer Bürgerinnen und Bürgern zu vermitteln, warum der Abbau sozialer Leistungen, begründet mit der Haushaltsnotlage Berlins, fast ausschließlich die bereits Benachteiligten unserer Gesellschaft trifft. Die PDS Reinickendorf steht dieser Politik nach wie vor kritisch gegenüber.

Wir werden auch weiterhin die kommunalpolitische Arbeit der parteilosen Bezirksverordneten Renate Herranen mit den Schwerpunkten Kinder- und Jugend- sowie Sozialpolitik unterstützen. Wir werden aufzeigen, warum die so genannten Refor-

men einer Agenda 2010 der falsche Weg sind. Durch den mit dieser Agenda verbundenen Sozialabbau kommt mehr auf uns zu als nur (!) Einbußen bei der gesundheitlichen Betreuung, den Einkommen, der Erwerbslosenunterstützung und natürlich auch bei der zu erwartenden Rentenhöhe. Aus unserer Sicht ist das ein weiterer Versuch, die soziale Verantwortung des Staates und der Wirtschaft zu negieren und den Solidaritätsgedanken endgültig zu beerdigen.

Solidarität ist keine Einbahnstraße! Einer immer unverschämteren Umverteilung staatlicher Leistungen von unten nach oben werden wir uns mit allen Mitteln widersetzen. Bezirkliche außerparlamentarische Bündnisse mit Bürgerbewegungen, Kirchen, Gewerkschaften sowie sozialen Interessensverbänden werden notwendig sein, um dem neoliberalen Zeitgeist sozial gerechte Alternativen entgegen zu setzen. Die „Agenda sozial“ der PDS bietet genau dafür eine gute Grundlage. Regional handeln heißt für uns nicht, die globale Dimension der kapitalis-

tischen Entwicklung zu vernachlässigen. Der EU-Wahlkampf wird in diesem Jahr bei uns natürlich eine Priorität haben!

Wir sind überzeugt davon, dass deutsche Interessen nicht im Ausland verteidigt werden müssen. Die Festschreibung einer Militarisierung der EU lehnen wir entschieden ab. Rüstungsabbau und die europaweite Abschaffung des Militärs als langfristiges Ziel sollte in die EU-Verfassung aufgenommen werden. Den Umbau der Bundeswehr in eine globale Interventionsarmee, auch unter EU-Flagge, lehnen wir nicht nur aus Kostengründen grundsätzlich ab.

Wessen Interessen sollen am Hindukusch verteidigt werden? Die von MBB, Daimler-Chrysler und Kraus-Maffei oder die der Empfänger von Erwerbslosengeld, Sozialhilfe und Leistungen des Gesundheitssystems in Deutschland?

Unser Motto für 2004 muss und wird sein: „Es gibt viel zu tun, packen wir es an!“

*Klaus Rathmann  
Bezirksvorsitzender  
PDS Reinickendorf*

*Der eine wartet,  
dass die Zeit sich  
wandelt, der andere  
packt sie kräftig an  
- und handelt.*

*Dante Alighieri  
(1265 bis 1321)*

# Keine Lust auf Tina?

### Über Alternativen spricht man bei der Hellen Panke

Wenn ich richtig verstehe, was aus den Medien auf mich niederprasselt, sieht die Lage so aus: entweder Deutschland bequemt sich zum Abbau der sozialen Leistungen, zu Lohnstillstand und verlängerten Arbeitszeiten, oder es verliert seinen Status, eine Gegend zu sein, in der man arbeiten und leben kann.

Seid umarmt von Maggy Thatchers liebster Tochter TINA – Sie wissen schon: There Is No Alternative. Denn andere denkbare oder schon durchdachte

Möglichkeiten werden den verehrten Lesern und Hörern nicht zur Diskussion gestellt, was nach Absicht riecht. Wo erfährt man aber etwas über andere Möglichkeiten?

Ich kann die Helle Panke empfehlen. Das ist ein eingetragener Verein zur Förderung von Politik, Bildung und Kultur mit 120 Mitgliedern, eine PDS-nahe Landesstiftung. Zu letzterer Angabe hält der Vorstandsvorsitzende, Prof. Dr. oec. habil. Klaus Steinitz, gleich eine Bemerkung für notwendig: „Wir begleiten Politik beratend und kritisch, aber wir reden nicht einer vorgegebenen Politik das Wort. Wir betonen unsere Eigenständigkeit, wir haben einen eigenen Vorstand, eigene Finanzen und eigene Mitarbeiter.“

Die Helle Panke e.V. wurde 1991 gegründet. Zuerst widmete sie sich fast vollständig der Aufarbeitung von DDR-Geschichte. Ein sehr wichtiger Diskussionsgegenstand, findet Prof. Steinitz: Es galt zu analysieren, wie so der reale Sozialismus nicht funktionierte; es galt auch eine Menge geradezurücken, was an der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung sehr subjektiv verrückt worden war; und zudem war bei der offiziellen BRD-Aufarbeitung der DDR-Geschichte nach der Wende

wiederum eine Menge Fakten unter den Teppich gekehrt worden.

Diesem Gegenstand widmet sich die Helle Panke auch weiterhin, aber immer mehr verlagert sich der Schwerpunkt zu Gegenwärtigem. Am 27. Februar beispielsweise spricht Prof. Dr. Wolfgang Fritz Haug über High-Tech-Kapitalismus, und am Sonnabend, dem 28. Februar, gibt es im Rahmen des Festivals Musik und Politik 2004 gemeinsam mit Lied und soziale Bewegungen e.V. eine Gesprächsrunde „Attac – die neue APO?“ Die findet in der Wabe statt, Danziger Str. 101 in 10405 Berlin – selbstverständlich mit Vertretern von Attac. „Zum Stamm unserer (ehrenamtlichen) Referenten aus Wissenschaft, Kultur und Politik in der DDR kommen jetzt auch immer mehr Diskussionspartner aus den alten Bundesländern und von linken Bewegungen“, freut sich Prof. Steinitz. „Und wir werden im Gegenzug von ihnen eingeladen.“ Der Trend soll sorgsam gepflegt werden.

Ein besonderes Angebot im Europa-Wahl-Jahr ist die Veranstaltungsreihe „Europa – sozial, demokratisch, zivil?“ bis Mai jeweils am 26. jeden Monats. Im Februar geht es um Metropolenförderung in der EU. Hier werden keine Wahlempfehlungen gegeben, sondern Information von kompetenten Leuten zur EU-Entwicklung, betont Prof. Steinitz.

Vor Veranstaltungen der Hellen Panke in der Kopenhagener Straße 9, ganz nahe an S- und U-Bahnhof Schönhauser Allee, kann man übrigens Ausstellungen betrachten und ein umfangreiches antiquarisches Angebot durchblättern. Aktuell werden „Bilder von Berlin und seiner Umgebung“ von Lieselotte Röhr gezeigt.

Hans Schuster

## Am Rande Bürgernähe

Die Reinickendorfer CDU hat dieses Jahr viel vor. 2004 soll ihr Jahr werden und das Jahr der Bürgernähe zugleich. Zu diesem Zweck hat sie ein 13-Punkte Programm entworfen mit einer Reihe löblicher Begegnungen mit den Reinickendorfern.

Einen Mangel hat der detaillierte Plan allerdings: mit einer Ausnahme ist nichts darüber zu lesen, mit welchen Anliegen die CDU den Bürgern nahetreten will. Hier wenigstens einige Vorschläge: Sind die 10 Euro Euro Eintrittsgebühr - spezielle Erfindung der CDU - beim Arzt oder Zahnarzt wirklich genug? Wie tilgt man am besten die CDU-Verantwortung für den Berliner Bankenskandal, den größten der BRD-Geschichte, aus dem Gedächtnis? Wie kann man es schaffen, dass die öffentliche Hand Schulden macht und diesmal alle daran verdienen? Das wären interessante Themen.

Der Gerechtigkeit halber sei die besagte Ausnahme doch benannt: „Wir werden uns unmissverständlich für die Erhaltung und Stärkung der Berliner Bezirke als ein wichtiges Instrument der Bürgernähe positionieren“, steht im 13-Punkte-Programm. Als ob jemand vergessen hätte, dass die Bezirkszusammenlegung und damit die bisher größte Entfernung der Bezirke vom Bürger unter CDU-Ägide stattfand. Wer jetzt Vorschläge erwartet, wie wenigstens in den Ortsteilen regelmäßige Rechenschaftslegung des Bezirksamtes und Beratung über örtliche Anliegen organisiert werden können, der irrt. Und gegen ein politisches Bezirksamt, dem die BVV wirklich was zu sagen hätte, ist die CDU ja sowieso.

Jochen Eser

## Termine

Am **Samstag, dem 14. Februar 2004 um 14.00 Uhr** bietet der Mitarbeiter der Linksfraktion (GUE/NGL) im Europäischen Parlament, Andreas Wehr, im **Roten Laden** ein Gespräch zum Thema: „Linke in Europa und das Projekt einer europäischen Linkspartei“ an.

**Protesttag gegen Krieg und Rüstung am 20. März 2004.** Dazu rufen das Weltsozialforum, das Europäische Sozialforum und die Friedensbewegung in Deutschland auf. An diesem Tag sollen an vielen Orten und in vielen Städten Mahnwachen, Info-Stände, Kundgebungen und Demonstrationen stattfinden.



Aktuelle Veranstaltungen, Öffnungszeiten und antiquarisches Angebot unter [www.helle-panke.de](http://www.helle-panke.de)

Schriftenreihen: Hefte zur DDR-Geschichte; Pankower Vorträge

Telefon 47 5387 24

Programm auch im Roten Laden erhältlich

Impressum  
Herausgegeben vom Bezirksvorstand der PDS Reinickendorf, V.i.S.d.P.: Klaus Rathmann.

Wir in Reinickendorf wird vom Bezirksverband finanziert.

Spenden sind ausdrücklich erwünscht: PDS Reinickendorf, Berliner Bank, BLZ: 100 200 00, Kontonummer: 4384 816812.

### Hier finden Sie uns:



### Roter Laden

Schloßstraße 22  
13507 Berlin-Tegel.

Öffnungszeiten:  
Mo - Fr 15.00 bis 18.00 Uhr

Tel.: 4373 2630  
Fax: 4373 2632

e-mail:  
[info@pds-reinickendorf.de](mailto:info@pds-reinickendorf.de)

internet:  
[www.pds-reinickendorf.de](http://www.pds-reinickendorf.de)